



Volker Jung

Für eine realistische Energiepolitik

15. Mai 2022



Als ich Ende 2002 aus dem Bundestag ausgeschieden bin, hatten wir das rot-grüne Projekt „Energiewende“ – teilweise gegen die eigene Regierung – erfolgreich auf den Weg gebracht, wobei die energiepolitischen Grundsätze Versorgungssicherheit, Effizienz, Preiswürdigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen Geltung hatten:

- Der Ausstieg aus der Kernenergie, die Förderung der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung waren Gesetz; Energiesparen und Energieeffizienz waren in verschiedene Verordnungen gegossen.
- Eine umweltverträgliche Nutzung der heimischen Energieträger Stein- und Braunkohle schien gesichert, weil an Technologien zur Abscheidung, Entsorgung oder Verwertung der klimaschädlichen Abgase der Kohleverstromung erfolgversprechend gearbeitet wurde.
- Die Gasbezugsquellen waren zwischen Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Norwegen und Russland hinreichend diversifiziert, um eine gefährliche Importabhängigkeit zu vermeiden.
- Die nationale Zuständigkeit für die Energiepolitik wurde durch die Liberalisierungs-, Wettbewerbs- und Umweltpolitik der Europäischen Union zwar ständig in Frage gestellt, war uns aber noch nicht völlig entglitten.

Eine umfassende und einheitliche „Energiepolitik aus einem Guss“ habe ich seitdem schmerzlich vermisst.

Die Liberalisierung der leitungsgebundenen Energieversorgung, die in den 1990-er Jahren von der Europäischen Kommission betrieben und von dem seinerzeitigen Bundeswirtschaftsminister Rexroth (FDP) mit einem trickreichen Spiel über Bande gegen unseren Widerstand und große Teile seiner eigenen schwarzgelben Regierungskoalition, aber mit Unterstützung der Grünen in einer Energierechtsnovelle in unserem Land durchgesetzt wurde, hatte bereits vor unserem Regierungsantritt 1998 die staatliche Regulierung beseitigt, den Begriff der „Daseinsvorsorge“ für antiquiert erklärt und die Gestaltung der Strom- und Gasversorgung vor allem den großen Energieversorgungsunternehmen überantwortet.

Der Beschluss von 2007 – nach unserer Regierungszeit – , zunächst den heimischen Steinkohlebergbau zu beenden – und zwar ohne nennenswerten Widerstand der in die IG Chemie aufgegangenen IG Bergbau und Energie sowie der SPD an Ruhr und Saar- war zwar wegen des hohen Subventionsbedarfs finanzpolitisch verständlich, leistete aber der wenig begründeten Illusion Vorschub, die Energieversorgungssicherheit sei jederzeit gewährleistet, weil die fossilen Energieträger, die zur Grundlaststromerzeugung, Wärmeversorgung und industriellen Produktion benötigt werden, ohne Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt beschafft werden könnten. Die letzte Steinkohlezeche in Deutschland wurde dann auch 2018 geschlossen.

Nach langen politischen Auseinandersetzungen wurde 2020 schließlich das Kohleausstiegsgesetz beschlossen, das unter anderem eine Abwicklung der konkurrenzlos preisgünstigen, aber relativ klimaschädlichen Braunkohlenutzung in unserem Land bis 2038 vorsieht, was nach dem Koalitionsvertrag der Ampel „idealerweise“ auf das Jahr 2030 vorzuziehen ist. Damit sind allerdings auch alle erfolgversprechenden Ansätze zur Abscheidung und Nutzung des klimagefährdenden Kohlendioxids endgültig zunichte gemacht worden, die in der Lausitz mit beträchtlichem Investitionsaufwand teilweise bereits technisch verifiziert worden waren. Im Gegensatz zum Atommüll, der eine unübersehbare Zeit weiter strahlen wird und für den noch immer kein funktionierendes Endlager gefunden ist, gab es begründete Aussicht, das abgeschiedene CO₂ mit überschaubaren Risiken unter die Erde verbringen zu können. Es gibt sogar erste Versuche, das CO₂ industriell zu nutzen und damit klimaschädlich zu machen. In Anbetracht der Tatsache, dass in China und in ganz Asien 50 mal so viel Kohle gefördert und verbrannt wird wie bei uns – und zwar mit einem weitaus geringeren Wirkungsgrad der Kraftwerke und ohne Verwertung der Abgase – können diese



Beschlüsse nur als energie- und technologiepolitisch kurzfristige Entscheidungen bezeichnet werden, die uns darüber hinaus wichtige Exportchancen verbaut haben.

Begünstigt wurde diese Politik durch die insbesondere von den Grünen seit langer Zeit vertretene Position, Erdgas, den weniger klimaschädlichen fossilen Energieträger, als Übergangsenergie nutzen zu können, solange die Erneuerbaren Energien noch nicht voll ausgebaut sind. Wenig politische Beachtung hat dabei die Tatsache gefunden, dass die wetterabhängigen erneuerbaren Energien nicht die Grundlastversorgung unserer Stromerzeugung sicherstellen können. Und völlig ignoriert wurde, dass die Gasvorräte in unserem Land – wie auch in den Niederlanden und in Großbritannien – allmählich zur Neige gehen und in Norwegen nur zurückhaltend ausgebeutet werden, weil die Erträge in einem Staatsfonds zur langfristigen Wohlstandsstabilisierung im eigenen Land gesammelt werden.

Vordergründig lag es nahe, sich auf die immensen Gasvorräte Russlands zu stürzen, die relativ preisgünstig angeboten wurden. Außerdem verfolgte der russische Monopolist Gazprom die Strategie, die Transitländer – vor allem die Ukraine – mit der Hilfe von verschiedenfarbigen Bundesregierungen durch den Bau der preisdrückenden und gewerbesteuerträchtigen Ostsee-Pipelines Nordstream I und II zu umgehen und obendrein einen Teil unserer Gasspeicher, die in ausreichender Zahl vorhanden sind, aufzukaufen. Deutschen Gasimportunternehmen, die sich ja in dem Rahmen bewegen, der von der Politik gesetzt wird, kann man kaum vorwerfen, dass sie sich um betriebswirtschaftlich optimale Lösungen bemühen. Und Russland wollte man auch nicht unbedingt vorschreiben, wie es seine wichtigste ökonomische Ressource nutzt. Aber das gedankenlose Hineinschlittern in eine bedrohliche Importabhängigkeit von Russland bei den fossilen Grundlastenergieträgern, dabei das schnöde Ignorieren der wirtschaftlichen Interessen der osteuropäischen Transitländer und das bedenkenlose Verscherbeln der eigenen Speicherkapazitäten muss man sowohl der deutschen Politik wie der Wirtschaft ankreiden. Dass dabei ein Altkanzler keine unbedeutende Rolle spielte, ist im Vergleich das kleinere Problem. Damit muss die SPD klarkommen.

Die entscheidende Frage ist, welche energiepolitischen Schlussfolgerungen daraus angesichts des Krieges in der Ukraine zu ziehen sind.

Wenn es richtig ist und bleibt, dass alles vermieden werden muss, was die NATO oder einen ihrer Mitgliedstaaten direkt in den Krieg verwickeln würde, weil dies zu einem Atomkrieg führen könnte, dann bleibt nur übrig, der russischen Kriegsführung die finanzielle Grundlage zu entziehen, oder wenigstens zu schmälern. Deswegen sind die beschlossenen Sanktionen der richtige Weg.

Das größte Problem für unser Land ist die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland. Bundeswirtschaftsminister Habeck hat dargelegt, dass die russischen Energieimporte, vor allem das Erdgas, nicht kurzfristig substituiert werden können. Ein sofortiger Stopp der Energiebezüge würde schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen für unser Land haben. Da sind wir ganz offensichtlich in die selbstgestellte Falle getappt.

Der zusätzliche Bedarf an Kohle kann augenscheinlich kurzfristig auf dem Weltmarkt gedeckt werden. Der Ersatz von russischem Erdöl muss offenbar vorwiegend in den arabischen Despotenstaaten akquiriert werden. Aber der europäische Bedarf an Erdgas kann nur teilweise durch Flüssiggas aus amerikanischen Frackingquellen gedeckt werden – und dies auch erst dann, wenn entsprechende LNG-Terminals und neue Gasleitungen zur Verfügung stehen.

Einige Vorschläge aus dem politischen Raum helfen da nicht viel weiter: Natürlich wäre es ohne große Schwierigkeiten möglich, die am Netz befindlichen Kohlekraftwerke länger laufen zu lassen oder in Reserve gehaltene Kraftwerke wieder regulär ans Netz zu bringen. Dies trifft für die drei letzten Kernkraftwerke in unserem Land, die in diesem Jahr vom Netz gehen sollen, und die drei Kraftwerke, die im letzten Jahr abgeschaltet wurden, allerdings nicht zu. Die Sicherheitsarchitektur als Genehmigungsvoraussetzung der Kernkraftwerke



sowie der Vorrat an nuklearen Brennstoffen, der übrigens vorwiegend aus Russland bezogen wird, sind in der Regel auf das Laufzeitende ausgerichtet worden und können kurzfristig kaum geändert werden. Und nach dem in Übereinstimmung mit der Elektrizitätswirtschaft gefassten Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2002, zu dem die spätere Bundeskanzlerin Merkel noch einen merkwürdigen Eiertanz aufführte, auf eine Renaissance der Kernenergie zu hoffen, auch wenn sich inhärent sichere Technologien abzeichnen sollten, wäre schon deswegen wenig plausibel, weil dies nach wie vor wirtschaftlich nicht darstellbar ist, von den langen Planungs- und Entwicklungszeiträumen einmal ganz abgesehen. Die deutsche Energiewirtschaft würde sich wahrscheinlich auch nicht ein zweites Mal in ein Investment locken lassen, das mit großen Risiken behaftet ist und politisch jederzeit wieder umgeworfen werden könnte. Sie wird sich auf den beträchtlichen Entschädigungen und der Rechtssicherheit bei der Endlagerung des Atommülls ausruhen wollen, die sie mit dem Ausstieg aus der Kernenergie erstritten hat.

Dies ist in der gegenwärtigen Situation auch gar nicht das Problem. Wir haben keinen Engpass im Kraftwerkspark. Der Engpass besteht vielmehr darin, den vorhandenen Kraftwerkspark – und darüber hinaus Heizenergiesysteme und industrielle Produktionsanlagen – mit den benötigten fossilen Brennstoffen zu befeuern.

Eine kurzfristige Substitutionspolitik stellt harte Anforderungen, ist aber nicht unmöglich, wenn sie politisch gewollt wird.

Der zusätzliche Bedarf an Steinkohle kann augenscheinlich kurzfristig auf dem Weltmarkt gedeckt werden. Die zu erwartenden Preiserhöhungseffekte müssen in Kauf genommen werden oder könnten auch – wie seinerzeit bei der heimischen Steinkohleförderung – für einen Übergangszeitraum heruntersubventioniert werden. Außerdem ist zu prüfen, ob die Nutzung der heimischen Braunkohle *kurzfristig* ausgeweitet werden kann. Dazu müsste allerdings der 2020 gesetzlich fixierte Kohleabschaltplan modifiziert werden.

Der Ersatz von russischem Erdöl, mit dessen Erlösen rund ein Drittel des russischen Staatshaushaltes finanziert wird, muss offenbar vorwiegend in den arabischen Despotenstaaten akquiriert werden. Dass dies die Rohölpreise in die Höhe treiben wird, liegt auf der Hand. Dies wird nicht nur das OPEC-Kartell stärken, sondern auch das Preisniveau der russischen Ölexporte anheben, womit mindestens ein Teil der russischen Exporteinbrüche kompensiert werden wird. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten in unserem Land können, wie dies schon geschieht, durch staatliche Subventionen aufgefangen werden. Es ist jedoch zu fordern, dass sie nicht pauschal, sondern differenziert an die Verbraucher weitergegeben werden, die die zusätzlichen Kosten nicht tragen können, und damit auch den durchaus erwünschten Spareffekt nicht ganz zu beseitigen. Es ist nicht auszuschließen, dass eine Subventionierung der Energieimporte die zurückliegende Förderung der heimischen Steinkohle übersteigen könnte. Dies wäre der Preis, den die Fehlentscheidungen der Vergangenheit kosten würden. Er könnte aber auch als unser Solidaritätsbeitrag für die Verteidigung der Ukraine verstanden werden.

Der zusätzliche europäische Bedarf an Erdgas kann nur teilweise durch Flüssiggas, unter anderem aus amerikanischen Frackingquellen, gedeckt werden, und dies auch erst dann, wenn entsprechende LNG-Terminals und neue Gasleitungen zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen auf die Klimabilanz sollten dann allerdings nicht verschwiegen werden.

Wenn man eine kurzfristige Subventionsstrategie für das importierte Erdgas verfolgen will, muss man sich die Dimension des Problems klarmachen: Erdgas deckt heute rund 25% des Primärenergiebedarfs in unserem Land. Rund 20% davon wird zur Stromerzeugung und Fernwärmeversorgung verwendet, rund 30% geht in den Wohnungsbestand und rund 50% in die Industrie und das Gewerbe. Mehr als 50% des Erdgases wurde bis zuletzt aus Russland bezogen, also rein rechnerisch jeweils die Hälfte – 10%, 15% und 25% – der Sektorenanteile. Die 10% für unsere Strom- und Fernwärmeversorgung könnten teilweise durch



höhere Lastgänge der am Netz befindlichen Stein- und Braunkohlekraftwerke kompensiert werden. Schwieriger stellt es sich schon bei den 15 % im Wohnungsbestand dar. Dabei geht es im Sommer vor allem darum, die Füllstände der Gasspeicher für den Heizbedarf im Winter aufzustocken. Zu prüfen wäre, ob die Solidarität nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der NATO-Mitgliedsländer Holland, Großbritannien und Norwegen sowie die dafür notwendige Netzinfrastruktur ausreichen, diese Mengen zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Der eigentliche Engpass sind die 25 % des russischen Erdgases, das als Rohstoff für industrielle Fertigungsprozesse in unserer Wirtschaft eingesetzt wird. Unabhängig davon, wem die Schuld für diesen Zustand zuzuschreiben ist, können diese Mengen offensichtlich nicht kurzfristig substituiert werden. Ihr Wegfall könnte ganze Wirtschaftsbereiche zum Erliegen bringen und zahlreiche Arbeitsplätze kosten.

Die Ankündigung von Putin, die russischen Energielieferungen in Zukunft nur noch mit Rubel bezahlen zu lassen, spitzt das Problem noch einmal zu. Wenn wir uns darauf einließen, was die westlichen Abnehmerländer bislang einvernehmlich abgelehnt haben, würden wir die schärfste Sanktion gegen russische Staatsbanken unterlaufen und weiterhin den Staats- bzw. Kriegshaushalt Russlands mitfinanzieren. Das tun wir allerdings auch, wenn wir keine Rechnung in Rubel, sondern in Euro oder Dollar bezahlen, die dann von der Gazprom-Bank in Rubel umgetauscht werden. In keinem Fall haben wir es in der Hand, ob zukünftige Energielieferungen von Russland gestoppt oder überhaupt noch abgeschlossen werden.

Dies sollte nach meiner Auffassung für die Bundesregierung Anlass sein, ihre behutsame Politik zu überdenken. Der Hinweis, dass die Lieferverträge in Dollar und Euro fakturiert sind, ist formalrechtlich zwar korrekt, aber politisch ebenso wenig relevant wie der Hinweis, Nordstream I und II gründen auf privatwirtschaftlichen Verträgen. Insofern wäre es sinnvoll, wenn das Bundeswirtschaftsministerium seine angekündigten Notfallpläne so anlegt, dass auch ein Energieembargo gegenüber Russland von vornherein in Erwägung gezogen wird und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen erörtert werden. Da hat das Bundeswirtschaftsministerium eine Bringschuld. Ebenso wenig hilfreich wie das mediale Herumspekulieren über ein Energieembargo gegenüber Russland sind dabei Geheimgespräche mit der Wirtschaft, die keiner nachprüfen kann. Erst wenn die Folgen einigermaßen plausibel transparent gemacht werden – sinnvollerweise auch in verschiedenen Szenarien, bei denen die Wissenschaft ihre Rolle zu spielen hätte –, kann in einem demokratischen Diskurs entschieden werden, wieviel uns der Solidaritätsbeitrag für die Ukraine wert sein muss. Ohne erhebliche Kosten wird es für uns am Ende sowieso nicht ausgehen.

Diese Notfallpläne sollten allerdings auch berücksichtigen, dass es ein Russland nach Putin geben könnte, mit dem man wieder zusammenarbeiten sollte.

Unabhängig davon bleiben ein zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien und der Übertragungsleitungen notwendig. Dies ist ganz offensichtlich politischer Konsens. Da rannte Robert Habeck mit seinem ambitionierten Osterpaket offene Türen ein. Nur: Es ist ein Langfristprogramm, das kurzfristig nicht weiterhilft. Ob eine Verdoppelung der erneuerbaren Energien bis 2030 ein realistisches Ziel ist, wird die Zukunft erweisen. Keineswegs plausibel ist es aber, ihren Anteil bis 2035 auf 100 % steigern zu können.

Deswegen bleibt zumindest bei der Stromerzeugung, die erheblich zunehmen dürfte, die Vorhaltung einer Grundlastkapazität erforderlich, die solange durch fossile Energieträger gesichert werden muss, wie keine Alternativen – z.B. Wasserstoff in ausreichender Menge, der unsere Importabhängigkeit übrigens kaum reduzieren würde – zur Verfügung stehen. Unerlässlich ist neben einem intelligenten Netzmanagement auch ein konsequenter Ausbau von Umwandlungs- und Speicherkapazitäten, der sträflich vernachlässigt worden ist, obwohl die dafür notwendigen Technologien – auf Gasbasis schon technologisch vorhanden, oder möglicherweise auch mit Wasserstoff – entwickelt werden könnten.



Ein unkoordiniertes Herumwerkeln an Einzelfragen wird nach Lage der Dinge kaum zum Ziel führen. Es wäre deshalb zu überlegen, die wichtigsten Entscheidungsträger der Energiewirtschaft und -politik zusammenzuholen, die eine umfassende Energiestrategie entwickeln helfen könnten. Die Energiekonsensgespräche in den 1990-er Jahren könnten dazu ein Vorbild sein. Sie haben, zwar keine einzige gemeinsame Entscheidung getroffen – was auch nicht ihre Aufgabe sein kann, weil das der Politik vorbehalten bleiben muss –, aber die wesentlichen Grundlagen geklärt, auf denen später die Energiewende gegründet war.